PB.S-01-300

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Sylvia Dorn (KV Ortenau)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 299 bis 302:
noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer~~, was sich~~ oder Frauen ohne Kinder. Für diesen Lebenseinkommens-Gap sind die Kinder einer der entscheidenden Faktoren, denn für ihre notwendige Betreuung und Erziehung übernehmen nach wie vor zum größten Teil die Frauen die Verantwortung. Dasselbe gilt auch ~~in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht~~für die Sorge für pflegebedürftige Angehörige. ~~Wir~~Dies führt häufig dazu, dass die pflegenden Angehörigen ihr Erwerbsleben unterbrechen oder auf Teilzeit ausweichen. Dafür müssen sie oft Beschäftigungen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus aufnehmen und erhalten nicht nur weniger Lohn, sondern auch eine ungenügende Alterssicherung. Für die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen Menschen mit und ohne Kinder müssen wir Carearbeit als gleichwertige und systemrelevante Arbeit ansehen, die für die ganze Gesellschaft geleistet wird. Daher wollen wir, dass Kindererziehung staatlich entlohnt und jede Care-Arbeit ohne Abstriche auf die Altersicherung angerechnet wird. Außerdem werden wir ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und

Begründung

Wenn wir tatsächlich Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herstellen wollen, dann müssen wir bereit sein, die Erziehung und Versorgung von Kindern in der Familie als systemrelevante Arbeit für die ganze Gesellschaft anzuerkennen, für die die Gesellschaft dann auch konkret die Verantwortung übernimmt.

Nur dieses grundsätzliche Umdenken kann die Frauen mit Kindern aus ihrem gesellschaftlichen Engpass befreien.

Die allgemein sehr viel geringere, männliche Verantwortungsbereitschaft gegenüber den Kindern spiegelt sich in der Tatsache, dass von den 1,5 Millionen Alleinerziehenden 90% Frauen sind. Aber auch jetzt in der Pandemie hat sich gezeigt, dass es die hauptsächlich die Frauen sind, die sich um die Kinder in der Familie im Spagat zu ihrer beruflichen Tätigkeit kümmern und damit an ihre Belastungsgrenze getrieben werden. Das Gleiche gilt auch für die Pflege von Angehörigen. Die Frauen ersparen dem Staat monatlich eine Menge Geld, wenn sie ihre Angehörigen selbst pflegen und enden damit in der Altersarmut.

Die Erziehung und Versorgung von Kindern in der Familie ist unter den Bedingungen einer hochtechnisierten und digitalisierten Wellt nichts, was nebenbei erledigt werden kann. Die Präsenz von vertauten Bezugspersonen, regelmäßige Gespräche und Mahlzeiten, Begleitung bei der schulischen Laufbahn, erfüllte zwischenmenschliche Begegnungen in der Freizeit, all dassind notwendige Bedingungen für die Entwicklung empathiefähiger Menschen. Auch der Übertritt der Kinder und Jugendlichen aus der Geborgenheit der Familie in die offene Gesellschaft benötigt eine

gute pädagogische Begleitung. All dies bedeutet für die Bezugspersonen einen enormen Zeitaufwand.

Natürlich wird sofort die Frage aufkommen: „Und wie sollen wir das finanzieren?“

Mit der Care-Arbeit kann nicht unmittelbar Geld verdient werden, deshalb wird ihr gesellschaftlich auch nur ein geringer Rang beigemessen, obwohl sie systemrelevant ist und von allen gebraucht wird. In der allgemeinen Verteilung der Steuergelder sehen viele Unternehmen gerade im expandierenden IT- und Finanzbereich nicht, wie wichtig ihr Beitrag zum Gemeinwohl ist und üben sich in Steuervermeidungsstrategien.

Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, so etwas wie einen Care-Soli für die Industriezweige einzuführen, in denen jährlich hohe Umsätze gemacht werden sowie für Finanztransaktionen. Die Bereitschaft Steuern zu zahlen könnte in Unternehmen wachsen, wenn sie eine größere Transparenz in der Steuerverwendung erleben und vertrauen können, dass ihr Soli-Beitrag direkt diesem systemrelevanten Bereich zugute kommt.

weitere Antragsteller*innen

Eberhard Müller (KV Ortenau); Walther Moser (Freiburg KV); Silke Acker (KV Karlsruhe); Nicole Stirnberg (KV Ortenau); Heike Pahl (KV Esslingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Mirjam Gutheil (KV Böblingen); Melanie Kraus (KV Aalen-Ellwangen); Kay Dittner (KV Ettlingen); Nicole Heger (KV Karlsruhe-Land); Sabine Barke (KV Lörrach); Angelika Störk (KV Tuttlingen); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Benigna Bacher (KV Ortenau); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Maren Seifert (KV Ortenau); Erich Minderlein (KV Ortenau); Mirjam Fischer (KV Erlangen-Stadt); Ute Härter (KV Ludwigsburg); Werner Allweiss (KV Konstanz); Juni Schandl (KV Ortenau); Dislo Benjamin Harter (KV Ortenau); Heike Dorow (KV Ortenau); Barbara Dorn (KV Ortenau); Michael Christ (KV Ortenau); Sandra Mai-Duffner (KV Schwarzwald-Baar); Achim Jooß (KV Ortenau); Ulrich Kurz (KV Böblingen); Fitore Hoxha (KV Tübingen); Jana Schlipf (KV Aalen-Ellwangen); Birgit Kasper (KV Ortenau)